

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Rechnungsprüfungsausschuss	08.09.2016

Ehemaliges städtisches Grundstück an der Kennedystraße in Porz-Urbach hier: Anfrage von Frau Möller aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 02.06.2016, TOP 8.1

Frau Möller berichtet, dass die neu eingerichtete Planstraße im Gewerbegebiet „Airport City Cologne“ in Köln-Porz-Urbach als Lkw-Dauerparkplatz, mit entsprechenden negativen Begleiterscheinungen für die Anwohner, genutzt werde. Da laut Aussage der Fachverwaltung in naher Zukunft keine Bautätigkeit des Investors zu erwarten sei, jedoch auf Bitten des Investors die Planstraße im Gewerbegebiet und die Ampelanlage auf der Landstraße gebaut wurden, stellt sie folgende Fragen:

Frage 1:

Was hat der Bau der Straße, Lichtsignalanlage und der dazugehörigen Anlagen insgesamt gekostet?

Antwort der Verwaltung:

Der Bau der Baustraßen, Lichtsignalanlagen und der Anschluss an die L 84 hat insgesamt 1.180.000 € gekostet. Dabei sind auch die Kosten für Ingenieurbüros, Bodenuntersuchungen, Schlussvermessungen sowie Beleuchtung enthalten.

Frage 2:

Welche Vereinbarungen hat die Stadt Köln mit dem Investor zu Beginn der Baumaßnahme getroffen?

Antwort der Verwaltung:

Vereinbarungen seitens der Stadt Köln mit einem Investor sind nicht getroffen worden. Der Investor sieht den erfolgten Ausbau als Voraussetzung für eine zügige Fortentwicklung des Gebietes. Die Maßnahme wurde auf Grundlage des seit dem 09.09.2015 rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 76390.02.000.01 umgesetzt. In diesem Zusammenhang wurden nur Vereinbarungen mit dem für die L 84 zuständigen Landesbetrieb Straßenbau NRW getroffen.

Frage 3:

Wie gedenkt die Verwaltung, mit der derzeitigen Fehlnutzung der Straße umzugehen?

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung bemüht sich, die Flächen schnellstmöglich einer möglichen Nutzung zuzuführen. Gegen die derzeitige teilweise Nutzung als Lkw-Parkplatz hat die Straßenverkehrsbehörde Verkehrszeichen aufstellen lassen, die diese Nutzung untersagen. Eine Unterstützung der Ordnungsbehörden, zur Überwachung dieses Verbotes, wurde zugesagt. Die Situation wird weiter beobachtet und ggf.

weitere Anpassungen vorgenommen.

gez. Höing